

POLICY BRIEF (03/2020) IM AUFTRAG VON GREENPEACE

Wie notwendige Wirtschaftshilfen die Corona-Krise abfedern und die ökologische Transformation beschleunigen können

Die Corona-Krise erschüttert in diesen Tagen unsere Gesellschaft und zwingt den Staat zu Soforthilfen und weitreichenden Konjunkturmaßnahmen historischen Ausmaßes. Während wir Gesundheit und die kurzfristige Unterstützung von Arbeitnehmer*innen und Unternehmen in den Fokus rücken, dürfen wir die Fehler vergangener Wirtschaftskrisen nicht wiederholen und müssen bei allen Maßnahmen an morgen denken. Die geplanten Hilfen für einen wirtschaftlichen Neustart können die Weichen stellen für die notwendige Transformation. Klimaschutz kann und muss dabei Treiber der wirtschaftlichen Gesundung sein und ist Grundlage für unseren langfristigen Wohlstand. Anhand einiger Beispiele wollen wir illustrieren, wie kurzfristige wirtschaftliche Unterstützung mit unseren langfristigen gesellschaftlichen Prioritäten in Einklang gebracht werden können.

Von **Holger Bär** und **Matthias Runkel**¹

¹ Die Autoren danken Swantje Fiedler, Ann-Cathrin Beermann, Florian Zerzawy, Leonard Müller und Tobias Austrup für viele hilfreiche Kommentare.

Die Ausbreitung des Coronavirus stellt Menschen und Unternehmen vor enorme Herausforderungen. Öffentliches Leben und Wirtschaft stehen in Teilen still. Neben den großen Herausforderungen für unser Gesundheitssystem drohen Kurzarbeit, Kündigungen, Liquiditätsengpässe, Insolvenzen und viele weitere Probleme.

Der Staat ist gezwungen, die betroffenen Haushalte und Unternehmen zu stützen. Im Eiltempo werden unter dem Druck der Krise weitreichende Entscheidungen getroffen und massive öffentliche Ausgaben beschlossen, die viele Jahre über die Corona-Krise hinaus wirken werden.

Das Papier soll ein erster Anstoß zur Debatte über die Gestalt dieser historischen Konjunkturmaßnahmen sein.² Denn auch nach der Corona-Krise werden wir Lösungen für die Klimakrise, den Strukturwandel, wachsende Ungleichheit und andere gesellschaftliche Herausforderungen finden müssen. Die nun geplanten Hilfen für einen wirtschaftlichen Neustart können die Weichen stellen für die notwendige Transformation zu einer klimaverträglichen Wirtschaft.

1 Das kurzfristig Notwendige

Der Fokus der bisherigen fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen liegt richtigerweise auf der kurzfristigen Unterstützung von Betroffenen sowie der generellen finanziellen Entlastung von Bürger*innen sowie Selbständigen und Unternehmen. Zentral sind die Überbrückung der temporären Lohn- und Einnahmeausfälle etlicher Menschen sowie die kurzfristige, temporäre Unterstützung von betroffenen Unternehmen, um die wirtschaftlichen Folgeschäden der aktuellen Ausnahmesituation zu minimieren. "First, focus on hardship, not G.D.P" (Krugman 2020). Auch Banken werden unterstützt mit dem Ziel, die Kreditvergabe an Betroffene zu erleichtern und Liquiditätsengpässe zu überbrücken.³

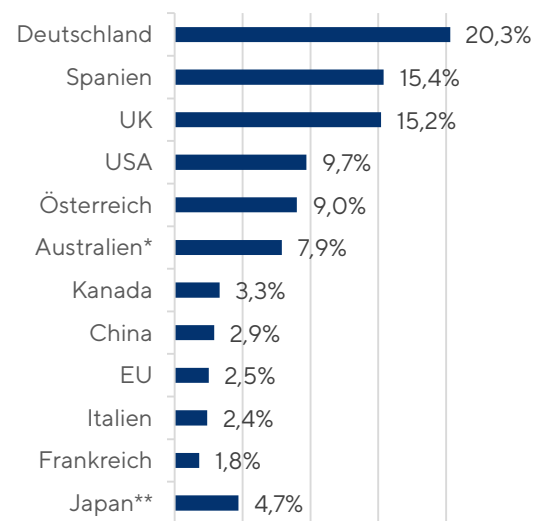
Aufgrund der großen Unsicherheit bezüglich der kommenden Wochen und Monate stellen diese kurzfristigen Maßnahmen einen notwendigen Rettungsschirm für die vielen wirtschaftlich existenziell betroffenen Menschen dar. Private und betriebliche Insolvenzen aufgrund des temporären wirtschaftlichen Stillstands müssen möglichst verhindert werden, um zügig in einen normalen Wirtschaftsbetrieb zurückkehren zu können.

Dabei gilt ganz grundsätzlich, dass diese Maßnahmen *timely*, *targeted* und *temporary* sein sollten (Bofinger et al. 2020). Sie müssen schnell wirken, die Betroffenen adressieren und sich auf die Zeit der Krise begrenzen. Da dies

nicht immer leistbar ist, sind ggf. auch weniger zielgenaue, weniger effiziente aber dafür schnell wirkende, effektive Maßnahmen nach dem Gießkannen-Prinzip notwendig.

Abbildung 1 stellt den Umfang der nationalen Maßnahmenpakete in Relation zum nationalen Bruttoinlandsprodukt BIP gegenüber. Deutschland kann mit einem 750 Mrd. Euro schweren Maßnahmenpaket rund ein Fünftel des nationalen BIPs ersetzen. In Österreich wären es derzeit rund 9%. Beide Länder profitieren von relativ geringen Staatsschuldenquoten (siehe z.B. Trading Economics 2019), die Spielraum für weitere Maßnahmen ermöglichen.

Abbildung 1: Volumen der Hilfsmaßnahmen relativ zum BIP



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage Quartz (2020). Ergänzende Datenquellen: * <https://treasury.gov.au/coronavirus>, ** <https://www.japantimes.co.jp/news/2020/03/23/business/economy-business/japan-considers-%C2%A530-trillion-stimulus-fight-coronavirus-outbreak/#.XnymU4hKhPY>

Die bestehenden sozialen Netze in Deutschland sowie die bereits angestoßenen und angekündigten Maßnahmen werden einen Großteil der Betroffenen auffangen. Die Vorteile, die ein bedingungsloses Grundeinkommen in einer solchen Situation hätte, werden offenkundig. Die Krise zeigt, dass der gesellschaftliche Dialog (siehe z. B. Gkantiragas 2020) zur Einführung eines Grundeinkommens, weiter vorangetrieben werden sollte.

Je nach Dauer und Tiefe der wirtschaftlichen Rezession werden weitere Schritte notwendig sein. Eine Leitlinie kann dabei die Entlastung des Faktors Arbeit sein. Kurzfristig muss dies jetzt durch Verschuldung des Staates passieren; langfristig sollten die Steuereinnahmen des Staates

² An der Stelle sei auch explizit auf den Beitrag von Manfred Fischedick und Uwe Schneidewind (2020) verwiesen, der sich noch stärker mit der Langfristperspektive beschäftigt.

³ Tabelle 1 am Ende des Papiers gibt einen Überblick zu beschlossenen Maßnahmen auf internationaler Ebene.

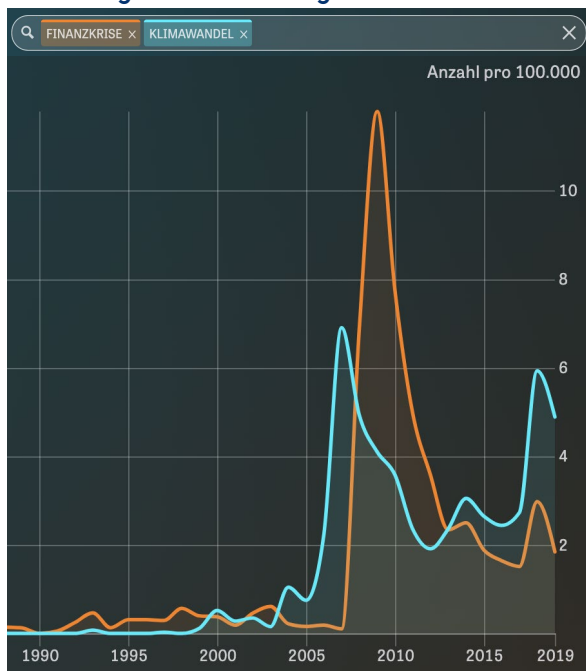
reformiert werden und stärker über den Faktor Umwelt finanziert werden (FÖS 2019). Verbunden damit ist auch die Frage nach der Gestaltung eines gerechteren Steuersystems, das neue Antworten auf die wachsende Ungleichheit bietet.

2 Lehren aus der Finanzkrise 2008

Wirtschaftskrisen lehren uns, dass sie immer **Chance und Risiko zugleich** sind. Sie bringen oft radikalen Wandel und richtungsweisende Entscheidungen – positiv wie negativ.

In der Finanzkrise 2008 wurden beispielsweise Klimaschutz und andere langfristige Ziele in den Hintergrund gedrängt, während stattdessen kurzfristige wirtschaftliche Interessen die politische Agenda dominierten. Klimaschutz verlor auf der politischen Agenda an Priorität. Jahrelang wurde der Klimawandel im Bundestag spürbar weniger debattiert, bevor seine Präsenz wieder zunahm (siehe Abbildung). Für ein erneutes Verschieben haben wir keine Zeit. Wirtschaftlicher Aufschwung und Klimaschutz können – und müssen – dieses Mal Hand in Hand gehen.

Abbildung 1: Mit der Finanzkrise verlor der Klimawandel an politischer Präsenz: Häufigkeit der Begriffe in Bundestagsreden



Quelle: ZEIT Online, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-09/bundestag-jubilaum-70-jahre-parlament-reden-woerter-sprache-wandel#s=klimawandel%2Cfinanzkrise>

Krisen sind Nährboden für neue Ideen – gute wie schlechte – und Katalysator für deren Verbreitung. Zu trauriger Berühmtheit gelangte die „Abwrackprämie“ (offiziell: Umweltprämie), die als Konjunkturmaßnahme ohne Berücksichtigung ökologischer Auswirkungen konzipiert

wurde. In deren Folge wurden alte Fahrzeuge verschrotet, die noch Jahre hätten genutzt werden können. Ersetzt wurden sie durch Fahrzeuge, die im Durchschnitt stärker motorisiert waren und höhere CO₂-Emissionen aufwiesen. Besser machte es die Obama-Administration: der *American Recovery Act* von 2009 förderte in den Folgejahren die Entstehung von fast einer Million *clean energy jobs* in der Wind- und Solarbranche (Lashof 2020).

Eine weitere Lehre ist, dass manche Konjunkturmaßnahmen Gefahr laufen, Strukturwandel zu verhindern. Ein Beispiel aus der Finanzkrise 2008 sind sogenannte „Zombiebanken“, die nur noch durch Subventionen und Liquiditätsspritzen am Leben gehalten wurden. Die Gefahr einer Wiederholung solcher nicht intendierter Folgen von Konjunkturmaßnahmen besteht auch heute – z.B. wenn für die kurzfristige Krisenbekämpfung der grundlegende Strukturwandel „pausieren“ soll:

“Europe should forget about the Green Deal now and focus on the coronavirus instead.”

**Andrej Babiš,
Tschechischer Premierminister**

Eine nachhaltige Strukturpolitik versucht aber nicht, Strukturwandel zu „verhindern“, sondern erkennt ihn an und nutzt ihn, um gesellschaftliche Ziele (Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung, andere) durch ihn zu erreichen (vgl. Bär/Jacob 2013). Daher gilt es, Konjunkturmaßnahmen und Forderungen auf ihre langfristigen Effekte hin zu prüfen und nicht nur auf ihren kurzfristigen Beitrag. Beachten wir dies, so kann die Mobilisierung enormer Geldbeträge weltweit auch dazu dienen, eine „historische Chance“ zu nutzen, um Wirtschaftskrise und Klimakrise gemeinsam zu bearbeiten:

“Governments need to make sure they keep clean energy transitions front of mind as they respond to this fast-evolving crisis (...) They have a historic opportunity today to steer those investments onto a more sustainable path.”

**Fatih Birol, Generaldirektor
der Internationalen Energieagentur**

Über viele kurzfristig notwendigen Maßnahmen (Abschnitt 1) herrscht weitgehende Einigkeit. Nationale Regierungen mobilisieren für die Krisenbekämpfung Beträge in zwei- oder dreistelliger Milliardenhöhe und ergreifen Maßnahmen, die vor kurzem noch nicht denkbar waren. Aufgrund dieser gewaltigen Hebel sollten wir uns sehr genau überlegen, wie wir damit umgehen und uns vor einem kurzfristigen Krisenmanagement hüten, das die langfristigen Ziele ausblendet (d.h. wir sollten das “Falsche” lassen). Stattdessen müssen wir das “Richtige” zu tun und dabei an morgen denken, d.h. Maßnahmen implementieren, die kurzfristige Interessen (konjunkturelle Stabilisierung) mit der Langfristperspektive (Energiewende, Dekarbonisierung, Digitalisierung) verbinden. Solche Ideen in konkrete Maßnahmen in Konjunkturpaketen umzusetzen, würde tatsächliche Win-Win-Situationen schaffen.

3 Das “Falsche” lassen!

“Primum non nocere - erstens nicht schaden” ist Teil des hippokratischen Eids. Dasselbe sollte für das “Heilen” einer Wirtschaftskrise gelten. Ansonsten droht die Gefahr, dass die Bekämpfung der kurzfristigen Krise dazu führt, dass wir drängende Aufgaben zurückstellen und so einen Schritt nach vorn und gleichzeitig zwei Schritte zurück machen. Denn, wie Michael Thöne korrekt anmerkt: “Die Coronakrise relativiert die anderen Probleme zwar; deren

absolute Größe nimmt aber nicht ab. Es ist vielmehr ein zusätzliches, sehr großes und akutes Problem obendrauf gekommen” (Thöne 2020).

Viele Akteure bringen ihre Forderungen in die aktuelle Debatte zu den konjunkturellen Verwerfungen in Folge der Corona-Krise bereits ein. Teils tauchen Forderungen von vor der Krise jetzt im Kleid der „notwendigen Konjunkturmaßnahme“ wieder auf. Einige davon stehen im Konflikt mit den langfristigen Zielen im Klimaschutz. Beispiele dafür sind:

- Abschaffung des Emissionshandels (Barteczko 2020)
- Aufweichung der CO₂-Grenzwerte (tagesspiegel background 2020)
- Verschiebung der Einführung des CO₂-Preises und der Düngemittelverordnung (ntv 2020)
- Verschiebung der Reform der Luftverkehrssteuer (Kiani-Kreß 2020; RND 2020)
- Europäischen Green Deal „auf Eis legen“ (Simon 2020)

Die aktuelle Krise unterscheidet sich von typischen Wirtschaftskrisen⁴, weshalb diese Forderungen nicht nur aus klimapolitischer Sicht großen Schaden anrichten würden, sondern auch in der jetzigen Situation kaum konjunkturelle Wirkung hätten.

Darüber hinaus verunsichern solche Forderungen Akteure, die sich auf langfristige Weichenstellungen ausgerichtet haben (z.B. Investoren in Erneuerbare Energien, oder Unternehmen, die in ihre Dekarbonisierung investieren), sie verlangsamten den notwendigen Strukturwandel hin zu einer zukunftsfähigen, kohlenstoffarmen Wirtschaft. Insbesondere in einer Krise ist “Richtungsstabilität”⁵ enorm wichtig und eine international koordinierte Konjunkturpolitik hat große Vorteile gegenüber einem Ansatz, in dem jedes Land unterschiedliche Schwerpunkte in nationalen Konjunkturpaketen setzt (OECD 2020). Und: die langfristigen Kosten eines unterlassenen, bzw. „verschobenen“ Klimaschutzes übersteigen die Investitionsbedarfe für die notwendige Dekarbonisierung deutlich. Diese Erkenntnis sollte seit dem Stern Review (Stern et al. 2006) *common sense* sein.

4 Das “Richtige” tun und dabei an morgen denken

Der hippokratische Eid besagt weiter: “secundum cavere, tertium sanare - zweitens vorsichtig sein⁶, drittens heilen”.

als auch Investoren, die ihre Mittel beispielsweise in den Ausbau Erneuerbarer Energien stecken.

⁶ Vermutlich ein “Luxus”, den politische Entscheidungsträger*innen aktuell gern hätten und nicht haben.

⁴ Siehe Ausführungen von (Bofinger u. a. 2020), dazu, wie die aktuelle Situation sowohl eine Angebots- als auch Nachfragekrise darstellt.

⁵ Dies gilt sowohl für Investitionsentscheidungen von Unternehmen, für Arbeitnehmer*innen, die darüber nachdenken, in welche Richtung sie sich weiterbilden in der Krise

Ein "richtiger Ansatz" versucht folglich, kurz- und langfristige Herausforderungen zusammen zu denken: bei der Bearbeitung der akuten und kurzfristigen Auswirkungen die Anforderungen langfristiger Transformationsaufgaben nicht aus dem Blick zu verlieren und Synergiepotentiale zwischen den unterschiedlichen Zielen⁷ zu finden:

1. **Gesundheit:** Maßnahmen senken die Zahl der Neuinfektionen und stärken das Gesundheitssystem.
2. **Soforthilfen für Arbeitnehmer*innen und Unternehmen:** Maßnahmen leisten kurzfristige Unterstützung für Arbeitnehmer*innen, Haushalte und Unternehmen, um soziale Härten und wirtschaftlichen Abschwung aufzufangen.
3. **Grüner Strukturwandel:** Maßnahmen lenken den wirtschaftlichen Neustart in die richtige Richtung und fördern einen nachhaltigen Strukturwandel.

"An morgen denken" heißt vor allem den grünen Strukturwandel im Blick zu behalten - ohne ihn werden wir keine deutschen und europäischen Klimaschutz- oder Entwicklungsziele erreichen. Die massiven öffentlichen Ausgaben im Rahmen der Bekämpfung der Corona-Krise sollten wir als **Zukunftsinvestitionen** ansehen und nutzen, um Unternehmen und Arbeitnehmer*innen auf den Strukturwandel vorzubereiten⁸, ihn zu beschleunigen und so wirtschaftliche Chancen und Klimaschutz zu verbinden.

Die folgenden Beispiele für Maßnahmen sind eine Einladung, diese kritisch zu reflektieren und kreativ nachzudenken, in welchen Bereichen weitere Synergiepotenziale zwischen Kurzfrist und Langfrist liegen.

4.1 Luftverkehrsbranche: das Falsche lassen und an morgen denken

Kurzfristig sollten Forderungen nach einer Verschiebung der Erhöhung der Luftverkehrsabgabe („um mindestens ein Jahr“, so die Vereinigung Cockpit“) zurückgewiesen werden. Solche Forderungen verkennen, dass der aktuelle Zusammenbruch keinen Bezug zu diesen Politikmaßnahmen hat, sondern auf temporäre Einreiseverbote, verändertes Mobilitätsverhalten etc. zurückzuführen ist. Nach Ende der Krise werden Flugreisen aller Voraussicht nach

auf ihr Ausgangsniveau zurückkehren. Es wäre ein klimapolitisch fatales Zeichen, wenn der Gesetzgeber jetzt die Bürger*innen de facto zu „mehr Flügen“ auffordern und dringend notwendige Klimaschutzmaßnahmen aufschieben oder lockern würde.

Natürlich ist die Branche von der Krise enorm hart getroffen und sollte in angemessenem Umfang gestützt werden. Sinnvolle Ansätze liegen bei den Angestellten (Kurzarbeitgeld, Weiterbildung, Corona-Elterngeld, etc.)⁹ als auch bei den Unternehmen (insb. Liquiditätshilfen, Stundungen). Die notwendigen Umbrüche in der Branche sollten aber nicht künstlich verschleppt werden.

Langfristig könnten die Hilfgelder mit der Erhöhung von Investitionen in klimafreundliche Technologien (z.B. die Erhöhung der Forschungsausgaben für alternative Kraftstoffe, klimafreundliche Antriebe etc.) verknüpft werden.¹⁰ Der wirtschaftliche Neustart muss auf den notwendigen Wandel hin ausgerichtet werden.

4.2 Städtischer Verkehr: Win-Wins für Gesundheit & Umwelt ermöglichen

Ein großes Problem der jetzigen Krise ist die Mobilität. Der Güter- und Personenverkehr muss trotz der gesundheitlichen Risiken aufrechterhalten werden, um kritische Transportströme und Dienstleistungen zu ermöglichen. Ein **kurzfristiger** Beitrag zur Lösung dieses Problems könnten Investitionen in die gesundheitliche Sicherheit, z.B. durch Desinfektion von Bussen, Bahnen etc. sein. Vorbilder sind ggf. Städte, die Erfahrung mit Epidemien in dicht besiedelten Gebieten haben, wie Hongkong oder Singapur.

⁷ Das Drei-Phasen-Modell von Fishedick & Schneidewind (2020) ähnelt unserem Ansatz.

⁸ Hier geht es also genau darum, wie Fishedick und Schneidewind (2020) es nennen, "gezielt Synergiepotenziale für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen auszuschöpfen".

⁹ Lashof (2020) argumentiert sehr ähnlich zu den Arbeitnehmer*innen, die in der US-Erdölbranche eben ihre Jobs verlieren: "Let's help those workers directly, such as by direct payments and extended unemployment and health

benefits—not by increasing subsidies for oil production or bailing out oil companies."

¹⁰ Eine ökologisch wie ökonomisch kurzfristig sinnvolle Maßnahme ist das Verhindern von „Geisterflügen“, die lediglich dazu dienen, dass Airlines ihr Anrecht auf Flug-Slots nicht verlieren. Die Europäische Kommission hat inzwischen reagiert und die Regelung für vier Monate ausgesetzt (Morgan 2020).

Zu erwarten ist eine steigende Bedeutung des Fahrrads im Personenverkehr. Angebote für Bike-Sharing¹¹ und Lastenräder¹² werden schon angepasst. In Bogotá wurden temporär Straßen für den Fahrradverkehr umgewidmet, um Menschen Mobilität mit geringerer Ansteckungsgefahr zu erleichtern (Walker 2020). Zwar stellt auch der Autoverkehr eine risikoarme Alternative dar. Diese steht vielen vor allem einkommensschwachen Menschen jedoch gar nicht zur Verfügung.

Mit Blick auf die **lange Frist** wäre ein Umstieg auf Fahrrad und ÖPNV im städtischen Verkehr sinnvoll. Die sonst alltäglichen externen Effekte des städtischen Autoverkehrs (vor allem Lärm, Schadstoffemissionen und Stau) werden durch ihr Ausbleiben aktuell besonders deutlich. Es wird sich zeigen, ob die aktuelle Krise das Mobilitätsverhalten nachhaltig verändern wird, z.B. zu Gunsten des Fahrrads. In jedem Fall wird sie Chancen und Risiken des Status Quo offenlegen und Möglichkeiten für Zukunftsinvestitionen identifizieren.

4.3 Energiewende: Kurzfristige Hürden für PV-Investitionen abschaffen für Konjunktur und Energiewende

Kurzfristige Investitionen in kleine und mittlere Photovoltaikanlagen können die Konjunktur stützen und Beschäftigung sichern. Dazu sollte der PV-Deckel umgehend abgeschafft werden. Diese Deckelung der Förderung bei Installation von 52GW wird laut Bundesnetzagentur im April 2020 erreicht sein und schreckt so schon heute Investitionen in Photovoltaik ab. Abschaffen will die Regierung ihn seit September 2019.¹³ Ein Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen zur Aufhebung des Deckels wurde Anfang März im Wirtschaftsausschuss abgelehnt (Haufe.de 2020). Auch in diesem Bereich verweisen einige Akteure auf das "dringendere Problem" der Corona-Krise und versuchen so, diese und den Klimaschutz gegenei-

inander auszuspielen (Bareiß 2020 als Beispiel).¹⁴ Das Argument, dass PV-Lieferketten unterbrochen seien und in Deutschland nicht ausgeliefert werden können, ist nicht stichhaltig.¹⁵

Bei PV-Großanlagen kann es kurzfristig zu Verzögerungen in der Fertigstellung kommen, wodurch der Förderanspruch verloren geht, bzw. Strafzahlungen fällig werden bei verspäteter Inbetriebnahme (vgl. Enkhardt 2020). Der Bundesverband Solarwirtschaft hat diesbezüglich die Bundesregierung aufgefordert, die Fristen für die Realisierung solcher Großprojekte zu verlängern. Um Investoren nicht zu schädigen, ist dies eine sinnvolle Maßnahme.

In **langfristiger** und globaler Perspektive geht es darum, dass Investitionen in erneuerbare Energien nicht zum Erliegen kommen, sondern dass Regierungen diese "historische Chance" nutzen, den weltweiten Umbau der Energiesysteme zu beschleunigen (Biroi 2020). Für Deutschland wäre ein Aufheben des PV-Deckels und Förderung der Installation von (insbesondere kleinen und mittleren) PV-Anlagen und Stromspeicher¹⁶ doppelt sinnvoll - zur kurzfristigen Stützung der konjunkturellen Situation und für die langfristige Dekarbonisierung der Stromerzeugung.

4.4 Öffentliche Förderung von energetischer Gebäudesanierung: Win-Win für Bauwirtschaft & Klimaschutz

Wenn **kurzfristig** Investitionen aus dem Klimaschutzprogramm 2030 (bspw. für energetische Gebäudesanierung, Austausch von Ölheizungen) beschleunigt werden könnten, trüge dies zur Stabilisierung der Wirtschaftslage bei und hätte langfristig positive Wirkungen. Insbesondere Investitionen in Energieeffizienz können dabei starke Beschäftigungswirkungen haben (Umweltbundesamt 2019).

¹¹ Bei der Nutzung von Bikesharing (ebenso Carsharing) stellt sich die Frage der Übertragungsmöglichkeit zwischen Nutzer*innen über Oberflächen (insb. die Lenker/ Lenkräder). Das RKI bemerkt hierzu: „Hingegen ist eine Übertragung über unbelebte Oberflächen bisher nicht dokumentiert.“ Andere Quellen in den Medien sprechen von bis zu 72 Stunden, die die Viren auf Oberflächen überleben können (SPIEGEL 2020).

¹² Als Beispiel sei hier auf das Berliner Förderprogramm für Lastenfahrräder verwiesen: <https://www.lastenfahrrad-zentrum.de/f%C3%B6rderung-kaufpr%C3%A4mie/berlin/>

¹³ Bereits im Klimaschutzprogramm 2030 (September 2019) erklärte die Bundesregierung, dass sie den PV-Deckel abschaffen will.

¹⁴ Kritik am Verkennen der wirtschaftlichen Bedeutung des PV-Sektors übten beispielsweise der Bundesverband Solarwirtschaft (2020) und der Hauptgeschäftsführerin des BDEW, Kerstin Andreae.

¹⁵ Die Analysten von Wood Mackenzie betonen, dass die asiatischen Lieferketten für Photovoltaik und Stromspeicher sich bereits wieder erholen (Wood Mackenzie 2020).

¹⁶ Gleiches gilt auch für Investitionen in die Ladeinfrastruktur für den Verkehrssektor.

Wichtig wäre dabei zu prüfen, welche Maßnahmen kurzfristig umgesetzt werden können.¹⁷

Langfristig sind höhere öffentliche wie private Investitionen nötig, um die Energienachfrage des Gebäudesektors zu senken. Je mehr Gelder aus den Konjunkturpaketen dafür gehobelt werden, desto wahrscheinlicher wird es, die Klimaziele 2030 zu erreichen.

4.5 Arbeitswelt: vom kurzfristigen “Zwang zum Arbeiten von zuhause” zu mehr Zusammenarbeit und weniger Dienstreisen

Kurzfristig verspricht das mobile Arbeiten von Zuhause¹⁸ in der aktuellen Situation ein Win-Win-Win: Menschen stellen keine Infektionsgefahr für andere dar; sie können grundsätzlich, wenn auch eingeschränkt, weiter arbeiten und ihre Kinder betreuen; letztlich wird viel weniger gependelt, und die Umweltbelastung sinkt.¹⁹ Kurzfristig entstehen hier enorme Wachstumspotenziale für Anwendungen, die digitales Zusammenarbeiten²⁰ und digitale Weiterbildung verbessern.²¹ Kurzfristig wichtig ist, Unternehmen und deren Arbeitnehmer*innen dabei zu unterstützen, zeitnah ihre Arbeitsabläufe und Zusammenarbeit zu verbessern.²²

Aus ökologischer Sicht spannend ist die **langfristige** Perspektive. Wie schnell werden wir besser im Home Office

arbeiten, wie sehr nehmen Arbeitgeber*innen Home Office Nutzung nicht mehr als “notwendiges Übel” wahr, sondern als effiziente Option? Auf wie viele Dienstreisen können und wollen wir in Zukunft verzichten, weil wir inzwischen bessere, digitale Alternativen kennen und schätzen gelernt haben? Hierin liegen Potenziale, die ökologischen Vorteile des “weniger Pendeln Müssens”, bzw. von weniger “auf Dienstreise gehen müssen” auch langfristig zu verfestigen. Um dieses Potenzial zu erschließen, sollten die “Home Office Erfahrungen” der jetzt von zuhause aus Arbeitenden, wissenschaftlich begleitet werden, um Erkenntnisse zu gewinnen, inwiefern wir uns umorientieren müssen, um langfristig besser ortsungebunden²³ arbeiten zu können, weniger “Dienstreisen müssen” und so auch die Umwelt weniger zu belasten.

4.6 Weiterbildung: die kurzfristige Bremsung nutzen, um sich für die Anforderungen von morgen fit zu machen

Für einige Beschäftigte und Unternehmen bietet die Krise **kurzfristig** die Möglichkeit, sie zur Weiterbildung zu nutzen.²⁴ Einige Weiterbildungsangebote haben potenziell

¹⁷ In diesem Kontext könnten auch Reparaturen an öffentlichen Infrastrukturen (z.B. der Schieneninfrastruktur) ein spannendes Thema sein. Neubauten von Bahnfahrten sind langfristig sinnvoll, aber aufgrund ihres Planungshorizonts kein kurzfristiger Beitrag.

¹⁸ Der Begriff “Home Office” wird hier umgangssprachlich genutzt für das Arbeiten von Zuhause aus. In vielen Unternehmen gelten für „Home Office“ die gleichen Arbeitsschutzbestimmungen, wie für Arbeitsplätze im Unternehmen. In der aktuellen Situation und dem in vielen Fällen „improvisierten“ Home Office Bedingungen muss streng genommen vom mobilem Arbeiten von Zuhause aus gesprochen werden.

¹⁹ Zur Vollständigkeit gehört der Hinweis, dass mobiles Arbeiten nicht *per se* mit ökologischen Vorteilen verbunden ist – beispielsweise wenn dazu erst einmal ein zusätzlicher Rechner, Monitor, etc. beschafft wird.

²⁰ Hier geht es beispielsweise um Software für digitale Meetings (Skype, Google Hangout, Zoom, Go to meeting, etc.) & für Interaktionen zwischen Teilnehmer*innen von Meetings (Mentimeter, slido.com, Click Meeting, etc.).

²¹ MOOCs (*massive open online courses*) und digitale Bildungsangebote (z.B. udemy, edX, P2PU, Khan Academy) können kurzfristig in der Krise Alternativen darstellen zu Weiterbildungsformaten vor Ort, die aktuell nicht möglich sind.

²² Hier ist zu klären, wer diese Beratung leisten kann – die lokalen IHKs oder Gewerkschaften könnten hier eine Rolle spielen.

²³ Die Frage hat nicht nur eine ökologische, sondern auch soziale Dimension: vor dem Hintergrund der Mietendebatte in Großstädten und der Landflucht zeigt sich hier eine langfristige Chance: wenn Dörfer es schaffen, Menschen die notwendigen Infrastrukturen für Home Office-Arbeit bereitzustellen, kann dies ortsungebundene Arbeitsplätze aus den Städten aufs Land zu holen. Solche Potenziale sollten aktiv erschlossen werden in Pilotprojekten (z.B. die Initiative Neuland 21) – losgelöst von der Frage, ob / wann die nächste Pandemie uns „zwingt“, von zuhause zu arbeiten.

²⁴ Das vom Bundestag am 13.03.2020 beschlossene „Arbeit-von-morgen“-Gesetz soll nicht nur den Zugang zu Kurzarbeitergeld vereinfachen, sondern auch die Förderung von Weiterbildung in der Zeit verbessern.

auch ökologisch positive Auswirkungen. Durch „green skills“ Angebote können sich Arbeitnehmer*innen gezielt für den Strukturwandel von morgen weiterbilden.²⁵

Ein wichtiger Flaschenhals ist die Frage, ob und wie übliche Präsenztrainings digitalisiert werden können, damit an Weiterbildung Interessierte zeitnah diese Angebote in Anspruch nehmen können.²⁶ Als Beispiel sei hier auf Angebote vom TÜV Rheinland für digitales Lernen im Bereich Elektromobilität verwiesen.²⁷ Häufig ist die Präsenzpflcht nötig, um bestimmte Zertifizierungen zu erwerben – nicht für die reine Wissensvermittlung. Hier ist zu prüfen, wie die notwendigen Prüfungen nach der Krise nachgeholt werden können.

Langfristig sind diese Überlegungen bedeutsam, wie wir die Zeit der Krise zur Weiterbildung nutzen können, um individuelle Arbeitnehmer*innen²⁸ (als auch deren Unternehmen!) fit zu machen für die kommenden Strukturwandelprozesse in ihren Branchen – um auch langfristig Beschäftigung zu guten Arbeitsbedingungen in Deutschland zu gewährleisten.

4.7 Energiepreise: bei niedrigen Ölpreisen klimaschädliche Subventionen abbauen

Kurzfristig können die niedrigen Rohölpreise dazu führen, dass Anstrengungen im Bereich der **Energieeffizienz** zurückgehen (Birol 2020). Gleichzeitig bietet die Situation ein Möglichkeitsfenster, die 160 Mrd. \$ an **umwelt- und klimaschädlichen Subventionen für Öl** weltweit anzugehen und den festgefahrenen internationalen Prozessen (beispielsweise im G20 Peer Review Prozess zur Berichterstattung zu umweltschädlichen Subventionen) zum Subventionsabbau einen neuen Anstoß zu geben. Der Internationale Währungsfonds veröffentlicht im Mai jeden Jahres ein Update zu weltweiten Subventionen für fossile Energieträger (Coady et al. 2019). Die Akzeptanz für den Abbau dieser Subventionen könnte aufgrund des niedrigen Preisniveaus höher sein.²⁹ **Langfristig** wären Fortschritte in diesem Bereich doppelt wichtig – aus fiskalischen und aus klimapolitischen Motiven. Der Abbau umweltschädlicher

Subventionen (z.B. Kerosinsteuerbefreiung und Dieselpflicht) könnte Milliarden freisetzen, die der Staat zur Finanzierung der Konjunkturmaßnahmen brauchen wird, und gleichzeitig die Abkehr von fossiler Energie enorm vorantreiben.

4.8 Soziale Dimension priorisieren: kurzfristige Härten auffangen

„Umweltfragen sind immer Verteilungsfragen und Verteilungsfragen sind immer Gerechtigkeitsfragen“

Maja Göpel, Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)

Kurzfristig können Hilfs- und Investitionspakete den Wirtschaftsabschwung aufhalten, Arbeitsplätze sichern und Unternehmen stabilisieren. Wirtschaftliche Hilfen und Konjunkturmaßnahmen haben per se eine Verteilungsdimension und kommen, je nach Ausgestaltung, stärker der einen oder anderen Gruppe zugute. Dies bedeutet, dass das Risiko besteht, durch die Art der Krisenbekämpfung die ohnehin bestehende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen noch zu verstärken. Vermögenswerte wie Aktien und Anleihen befinden sich überproportional im Besitz von vermögenden Menschen und sind daher Treiber von Ungleichheit (siehe z.B. Runkel 2014, Kuhn et al. 2018). Die fallenden Immobilien- und Vermögenswerte der Finanzkrise 2008 unterbrachen daher den seit Jahrzehnten andauernden Trend der wachsenden Ungleichheit. Seither jedoch sind die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in vielen Ländern wieder stark gestiegen (siehe z.B. Spannagel/Molitor 2019).

In der Antwort auf Covid-19 muss die soziale Dimension aller Maßnahmen stärker geprüft werden, um die gesell-

²⁵ Ein Beispiel hierfür wären beispielsweise Kfz-Mechaniker, die sich weiterbilden im Bereich Elektromobilität.

²⁶ Die Formulierung liegt hier bewusst beim „Starten“ – eine Fertigstellung der Weiterbildung kann sicher auch nach dem Ende der Krise erfolgen.

²⁷ Siehe <https://akademie.tuv.com/page/digital-learning> Im Bereich Erneuerbare Energien gibt es eine Sammlung von Angeboten der Agentur für Erneuerbare Energien: <https://www.unendlich-viel-energie.de/themen/erneuerbare-karriere/weiterbildung2/weiterbildung>

²⁸ Langfristig müssen die Weiterbildungsangebote für „blue-collar“ Arbeitskräfte erweitert werden. Die heute existierenden Angebote, die digital stattfinden können, sind häufig sehr stark auf Büroangestellte und deren Bedarfe ausgerichtet.

²⁹ Krisensituationen können als Katalysator für den Abbau von umweltschädlichen Subventionen fungieren (vgl. Bär et al. 2011).

schaftliche Akzeptanz der Hilfs- und Konjunkturmaßnahmen zu sichern. Staatliche Hilfen für Großunternehmen sollten nicht ohne Bedingungen vergeben werden ³⁰ (siehe z.B. Lazonick et al. 2020) und der Erhalt von Arbeitsplätzen muss gegenüber dem Shareholder-Value klar priorisiert werden.

Langfristig sind Verteilungsfragen und die Wahrnehmung der Menschen, dass es in unseren Gesellschaften "gerecht" zugeht, sehr wichtig. Eine gesellschaftliche Transformation zur Nachhaltigkeit bedingt auch ein stärkeres Maß an gesellschaftlichem Zusammenhalt. Die Ungleichheit zwischen armen und reichen Gruppen innerhalb unserer Gesellschaften und im internationalen Kontext ist stark gestiegen: während weltweit die reichsten 1% über 20% des globalen Einkommens erhalten, sind es für die ärmsten 50% mit unter 10% weniger als die Hälfte (WID 2018). Ökonomische Forschung zeigt auch, dass die Höhe der Vermögen, die heute in *offshore* Steueroasen „versteckt“ werden, über die letzten vier Jahrzehnte auf 10% des weltweiten BIP angewachsen ist und diese nur dem reichsten Teil der reichsten 1% gehören (Alstadsæter et al. 2018).³¹ Die Tatsache, dass riesige Vermögen *offshore* vor Steuerbehörden "versteckt" werden können, schadet uns allen, schränkt die Handlungsfähigkeit unserer Gemeinwesen (z.B. zur Finanzierung der Gesundheitssysteme) ein und polarisiert unsere Gesellschaften.

³⁰ Wie solche Vereinbarungen aussehen und deren Einhaltung gesichert werden kann, ist stark vom Einzelfall abhängig.

³¹ Alstadsæter et al. (2018) bemerken dazu: "... offshore wealth turns out to be extremely concentrated: the top 0.1%

richest households own about 80% of it, and the top 0.01% about 50%."

LITERATURVERZEICHNIS

- Alstadsæter, A., Johannesen, N., & Zucman, G. (2018): Who owns the wealth in tax havens? Macro evidence and implications for global inequality. *Journal of Public Economics*, 162, 89–100. Abrufbar unter: <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0047272718300082>. Letzter Zugriff: 25.03.2020.
- Bär, H., Jacob, K., Meyer, E., Schlegelmilch, K. (2011): Wege zum Abbau umweltschädlicher Subventionen. Abrufbar unter: <http://www.foes.de/pdf/Studie-Subventionsabbau-fin.pdf>. Letzter Zugriff am: 27.7.2015.
- Bär, H., Jacob, K. (2013): Nachhaltige sektorale Strukturpolitik. In: von Hauff, M., Nguyen, Thuan (Hg.): Nachhaltige Wirtschaftspolitik. Baden-Baden. S. 253–276.
- Bär, H., Runkel, M. (2020): Wie notwendige Wirtschaftshilfen die Corona-Krise abfedern und die ökologische Transformation beschleunigen können. In: FÖS Policy Brief. Jg. 2020, Nr. 03. Abrufbar unter: <https://foes.de/publikationen/2020/2020-03-FOES-Wirtschaftshilfen-Corona-Krise.pdf>.
- Bareiß, T. (2020): Thomas Bareiß auf Twitter: ‘Nur weil hier immer noch manche glauben, dass der #Solardeckel oder die #Windabstand Regelung die dringendsten Problem sind: Wir haben gerade noch ein paar andere drängendere Themen zu bewältigen, die unser ganzes Land betreffen!! #coronavirus’ / Twitter. Abrufbar unter: https://twitter.com/thomas_bareiss/status/1238761944363958275. Letzter Zugriff am: 17.3.2020.
- Barteczko, A. (2020): EU should scrap emissions trading scheme, Polish official says. Artikel vom: Reuters. Abrufbar unter: <https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-poland-ets-idUSKBN2141RC>. Letzter Zugriff am: 20.3.2020.
- Birol, F. (2020): Put clean energy at the heart of stimulus plans to counter the coronavirus crisis – Analysis. Abrufbar unter: <https://www.iea.org/commentaries/put-clean-energy-at-the-heart-of-stimulus-plans-to-counter-the-coronavirus-crisis>. Letzter Zugriff am: 17.3.2020.
- Bofinger, P., Dullien, S., Felbermayr, G., Fuest, C., Hüther, Michael, Sdekum, J., Weder di Mauro, B. (2020): Wirtschaftliche Implikationen der Corona-Krise und wirtschaftspolitische Maßnahmen. Abrufbar unter: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2020/IW-Policy-Paper_2020-COVID.pdf.
- Bundesverband Solarwirtschaft (2020): Der Bundesverband Solarwirtschaft e.V. bt scharfe Kritik an der erneuten Verschiebung einer Entscheidung zum künftigen Ausbau von Solardächern in Deutschland › Bundesverband Solarwirtschaft. Abrufbar unter: <https://www.solarwirtschaft.de/2020/03/12/der-bundesverband-solarwirtschaft-e-v-uebt-scharfe-kritik-an-der-erneuten-verschiebung-einer-entscheidung-zum-kuenftigen-ausbau-von-solardaechern-in-deutschland/>. Letzter Zugriff am: 22.3.2020.
- Coady, D., Parry, I., Le, N.-P., Shang, B. (2019): Global Fossil Fuel Subsidies Remain Large: An Update Based on Country-Level Estimates IMF Working Paper Fiscal Affairs Department Global Fossil Fuel Subsidies Remain Large: An Update Based on Country-Level Estimates Prepared by. In: IMF Working Paper. Jg. 19, Nr. 89. Abrufbar unter: <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2019/05/02/Global-Fossil-Fuel-Subsidies-Remain-Large-An-Update-Based-on-Country-Level-Estimates-46509>.
- Enkhardt, S. (2020): BSW-Solar fordert wegen Corona-Virus eine Fristverlngerung fr Realisierung groer Photovoltaik-Projekten. Abrufbar unter: <https://www.pv-magazine.de/2020/03/17/bsw-solar-fordert-wegen-corona-virus-eine-fristverlaengerung-fuer-realisierung-grosser-photovoltaik-projekten/>. Letzter Zugriff am: 17.3.2020.
- FS (2019): Die Finanzierung Deutschlands über Steuern auf Arbeit, Kapital und Umweltverschmutzung. Berlin.
- Gkantiragas, A. (2020): Why more than 500 political figures and academics globally have called for universal basic income in the fight against coronavirus. Abrufbar unter: <https://www.independent.co.uk/voices/letters/coronavirus-universal-basic-income-ubpoverty-economy-business-migrants-a9408846.html>. Letzter Zugriff am: 22.3.2020.
- Haufe.de (2020): Grünen-Antrag abgelehnt: Förderung für Solarstrom droht das Aus. Abrufbar unter: https://www.haufe.de/immobilien/wirtschaft-politik/eeg-gesetzentwurf-zur-streichung-von-solar-deckel-liegt-vor_84342_504774.html. Letzter Zugriff am: 17.3.2020.
- Kiani-Kreß, R. (2020): Höhere Luftverkehr-Steuer trotz Corona?: „Nicht die am stärksten betroffene Branche abkassieren. Abrufbar unter: <https://www.wiwo.de/my/unternehmen/dienstleister/hoehere-luftverkehr-steuer-trotz-corona-nicht-die-am-staerksten-betroffene-branche-abkassieren/25613896.html>. Letzter Zugriff am: 20.3.2020.
- Krugman, P. (2020): 3 Rules for the Trump Pandemic. Abrufbar unter: <https://www.nytimes.com/2020/03/19/opinion/trump-coronavirus.html>. Letzter Zugriff am: 22.3.2020.
- Kuhn, M., Schularick, M., Steins U. (2018): Asset prices and wealth inequality. Abrufbar unter: <https://voxeu.org/article/asset-prices-and-wealth-inequality>. Letzter Zugriff: 25.03.2020.
- Lashof, D. (2020): US Coronavirus Response: 3 Principles for Sustainable Economic Stimulus. Abrufbar unter: <https://www.wri.org/blog/2020/03/coronavirus-US-economic-stimulus>. Letzter Zugriff am: 21.3.2020.
- Lazonick, W., Hopkins, M., Jacobson, K., Palladino, L., Erdem Sakin, M., Tulum, . (2020): 4 Ways to Eradicate the Corporate Disease That is Worsening the Covid-19 Pandemic. Abrufbar unter: <https://www.ineteconomics.org/perspectives/blog/4-ways-to-eradicate-the-corporate-disease-that-is-worsening-the-covid-19-pandemic>. Letzter Zugriff: 25.03.2020.

- Morgan, S. (2020): Coronavirus: EU to suspend 'ghost flights' rule for 4 months. Abrufbar unter: <https://www.euractiv.com/section/aviation/news/coronavirus-eu-to-suspend-ghost-flights-rule-for-4-months/>. Letzter Zugriff am: 18.3.2020.
- Mortsiefer, H. (2020): Corona löst Kettenreaktion in der Autoindustrie aus - Tagesspiegel Background. Abrufbar unter: <https://background.tagesspiegel.de/mobilitaet-transport/corona-loest-kettenreaktion-in-der-autoindustrie-aus>. Letzter Zugriff am: 24.3.2020.
- ntv (2020): Wirtschaftskrise wegen Corona: FDP befürwortet Pause bei Umweltgesetzen - n-tv.de. Abrufbar unter: <https://www.n-tv.de/wirtschaft/FDP-befuerwortet-Pause-bei-Umweltgesetzen-article21653378.html>. Letzter Zugriff am: 20.3.2020.
- OECD (2020): Coronavirus: The world economy at risk. Paris.
- Quartz (2020): Government bailouts are beginning: We're keeping track. Abrufbar unter: <https://qz.com/1819776/here-are-the-coronavirus-bailouts-being-prepared-around-the-world/>. Letzter Zugriff am: 26.3.2020.
- RND (2020): FDP fordert Aufschub der Steuererhöhung für Flugtickets. Abrufbar unter: <https://www.rnd.de/politik/fdp-fordert-aufschub-der-steuererhoehung-fur-flugtickets-RS7P5HLI64UIJW2ACN3RA7SPKY.html>. Letzter Zugriff am: 17.3.2020.
- Runkel, M. (2014): Equity Prices. The Missing Link between Income Inequality and Financial Crises?: An empirical investigation. Abrufbar unter: <https://www.grin.com/document/285240>. Letzter Zugriff: 25.03.2020.
- Simon, F. (2020): Green Deal facing delays due to coronavirus, EU admits. Abrufbar unter: <https://www.euractiv.com/section/energy-environment/news/green-deal-facing-delays-due-to-coronavirus-eu-admits/>. Letzter Zugriff am: 20.3.2020.
- SPIEGEL (2020): Coronavirus: Sars-CoV-2 kann bis zu drei Tage auf Plastik überleben - DER SPIEGEL - Wissenschaft. Abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/coronavirus-so-lange-ueberdauert-sars-cov-2-auf-oberflaechen-a-f84ce281-cac3-42e9-a52a-b1e2f035f56d>. Letzter Zugriff am: 17.3.2020.
- Stern, N. H., Britain, G., Treasury, H. M. (2006): Stern Review: The economics of climate change. Abrufbar unter: http://www.hm-treasury.gov.uk/d/bowes_1.pdf. Letzter Zugriff am: 1.4.2014.
- Thöne, M. (2020): Von der Schwierigkeit, tragfähig in die Zukunft zu investieren. Und wie es doch zu schaffen ist Plus Nachbemerkung: Zukunftsinvestitionen in Zeiten der Corona-Pandemie. Abrufbar unter: <http://www.fifo-koeln.org/images/stories/fifodp%2020-02%20thone%20zukunftsinvestitionen-corona.pdf>.
- Trading Economics (2019): Country List Government Debt to GDP. Abrufbar unter: <https://tradingeconomics.com/country-list/government-debt-to-gdp>. Letzter Zugriff am: 26.3.2020.
- Umweltbundesamt (2019): Ökonomische Indikatoren von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz: Investitionen, Umsätze und Beschäftigung in ausgewählten Bereichen. Dessau-Roßlau; Berlin.
- Walker, P. (2020): Why not encourage cycling during the coronavirus lockdown?. Artikel vom: The Guardian. Abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/environment/bike-blog/2020/mar/20/why-not-encourage-cycling-during-the-coronavirus-lockdown>. Letzter Zugriff am: 22.3.2020.
- WID (2018): World Inequality Report 2018. Abrufbar unter: <https://wir2018.wid.world/>. Letzter Zugriff: 25.03.2020.
- Wood Mackenzie (2020): Coronavirus impact update: Week of March 16: Report brochure and key takeaways. Abrufbar unter: <https://www.wood-mac.com/news/opinion/how-italys-lockdown-is-affecting-power-demand/>.

IMPRESSUM

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)

Schwedenstraße 15

10827 Berlin

www.foes.de

Tabelle 1: Übersicht nationaler und internationaler Maßnahmen (Stand 19.03.2020)

Maßnahme	Land/ Institution	Beschreibung	Quellen
fiskalpolitische Maßnahmen			
Lohnzuschüsse, Lohnkostensubvention	DE	Kurzarbeitergeld: Agentur für Arbeit bzw. Arbeitslosenversicherung zahlt Ausgleich des Lohnverlusts durch Kurzarbeit.	4, 10
	FR	Frankreich plant die Unterstützung von kurzfristig Arbeitslosen sowie die Lohnfortzahlung von Eltern während Schul-, Kitaschließung etc.	8, 10
	IT	Staatlicher Zuschuss bei Abfindungszahlungen für entlassene Arbeitnehmer*innen.	8
	AUS	Lohnzuschüsse für kleine und mittlere Unternehmen. Lohnzuschüsse für Auszubildende und Trainees.	6
	DK	Der Staat übernimmt in den nächsten drei Monaten 75% der Löhne bedrohter Jobs (bei >50 Entlassungen bzw. 30 % der Belegschaft).	7
Aufschub oder Unterstützung von Sozialabgaben etc.	DE, FR, ES		8
	AUS	Zuschüsse für Sozialhilfeempfänger.	6
	UK	Dreimonatiger "Zahlungsurlaub" für Haushalte mit Zahlungsschwierigkeiten bei Hypotheken.	8
Steuersenkungen	UK	Grundsteuern werden für ein Jahr ausgesetzt	8
Steuerstundung	DE, FR, IT, UK, US	Die Steuerzahlung (z.B. Gewerbe- und Körperschaftssteuer) kann aufgeschoben werden.	8, 10
	ES	Aufschub der Zahlungen von Hypotheken, Strom- und Energierechnungen etc.	8
Direkte Subventionen	EU	EU-Staaten dürfen Firmen bis zu 500.000 Euro direkte Finanzhilfe zahlen. Lockerung der Richtlinien für nationale Beihilfen und der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts ("Schuldendeckel"). Investitionsinitiative aus den Mitteln des Strukturfonds.	3, 4
staatliche Darlehen und Kreditgarantien	DE, FR, IT, US		8, 10
	ES	100 Mrd. Euro Kreditgarantien für kleine und mittlere Unternehmen	8
geldpolitische Maßnahmen			
Zinssenkung	USA, CA, AUS, CHN	Absenkung des Leitzins	1, 6, 10
Liquiditätshilfen, Kreditvergabe	JP, USA		1, 10
	EZB	Banken im Euroraum steht ein dreistelliger Mrd. Betrag in den nächsten drei Monaten zur Verfügung (Brückenfinanzierung)	3
Ankäufe von Anleihen, Aktien etc.	EZB	seit Nov. 2019, Fokus nun auf Unternehmensanleihen	2, 10
	JP	Die japanische Zentralbank kauft ETFs für rund 113 Mrd. Dollar im Jahr 2020. Weitere rund 18 Mrd. Dollar werden beiseite gestellt.	10
Kreditvergabe	EZB	Langfristtender an Banken	2
	UK	Kreditvergabe an Firmen (via Banken)	2
"Helikoptergeld" (Direktauszahlungen an Bürger*innen)	HK	umgerechnet ca. 1.200 Euro für alle erwachsenen Bürger*innen	2
	IT	500 Euro für Selbstständige; Cashbonus für Menschen, die während des Lockdowns arbeiten (z.B. Taxifahrer, Postzusteller).	8
	US	US-Bürger*innen sollen einen Scheck über 1.000 Dollar vom Staat erhalten. Ggf. werden weitere folgen.	12
Weltbank, Förderbanken etc.			
	IWF (international)	Betroffenen (Entwicklungs-)Ländern stehen u.a. 50 Mrd. Dollar zur Verfügung via Rapid Financing Instrument (RFI) und Rapid Credit Facility (RCF). Weitere Instrumente stehen zur Verfügung.	1, 5

	Weltbank (international)	12 Mrd. Dollar Soforthilfe für Entwicklungsländer u.a. durch die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.	11
	KfW (DE)	500 Mrd. Euro Kreditprogramm für Unternehmen mit staatlichen Garantien. Ausweitung von Exportkrediten.	3, 8
Sonstige			
Verstaatlichung		Verstaatlichung betroffener Konzerne (ähnlich auch den "bad banks" im Rahmen der Finanzkrise 2008)	
	DE	Das Land Bayern kauft Firmenanteile im Wert von 10 Mrd. Euro	8
	FR	Die Option wird geprüft (Bsp. Air France)	8

Quellen:

- 1 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/coronavirus-konjunktur-und-boerse-risiken-und-nebenwirkungen-der-corona-krise-a-6080ec59-0a2b-4ef6-b3d3-05b93157ca59>
- 2 https://www.focus.de/finanzen/boerse/wirtschaft-unterstuetzen-das-arsenal-ist-lange-nicht-erschoept-wie-die-ezb-die-corona-panik-be-kaempfen-kann_id_11781393.html
- 3 <https://www.absatzwirtschaft.de/eu-kfw-ezb-so-wird-die-wirtschaft-in-der-corona-krise-gestuetzt-170870/>
- 4 <https://www.absatzwirtschaft.de/milliardenhilfen-fuer-unternehmen-und-buerger-in-der-corona-krise-170815/>
- 5 IMF (2020): "Policy Steps to Address the Corona Crisis"
- 6 https://treasury.gov.au/sites/default/files/2020-03/Overview-Economic_Response_to_the_Coronavirus.pdf
- 7 <https://tribunemag.co.uk/2020/03/denmarks-answer-to-the-coronavirus-recession?fbclid=IwAR0BLrAIV9YjFmV3OTfQ9aogMO6aKqqgOpkNqHCggzMeL8sGvNbNDzMOZyc>
- 8 <https://www.ft.com/content/26af5520-6793-11ea-800d-da70cff6e4d3>
- 9 <https://www.telegraph.co.uk/business/2020/03/16/south-korea-japan-join-central-bank-efforts-combat-coronavirus/>
- 10 <https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-economy-policy-fac/factbox-the-economic-remedies-for-the-coronavirus-idUSKBN2121C4>
- 11 <https://www.worldbank.org/en/news/factsheet/2020/02/11/how-the-world-bank-group-is-helping-countries-with-covid-19-coronavirus>
- 12 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/konjunkturprogramm-donald-trump-fuellt-die-ganz-grosse-giesskanne-a-a2d68e9f-a3a9-43ac-a8e8-d9525172f935>